

Die Stellung Nationalchinas im Kräfterdreieck Washington – Moskau – Peking, 1969

MARIE-LUISE NAETH

Die geographische Lage Taiwans sowie der politische Anspruch der nationalchinesischen Regierung, einzig legitime Vertretung des gesamten chinesischen Volkes zu sein, bedingen, daß sich die Außenpolitik des Landes außerordentlich stark an den Entwicklungen im politischen Kräfterdreieck Washington—Moskau—Peking ausrichtet. Die Erhaltung des gegenwärtigen Status der Insel ist ebenso wie das Ziel der Kuomintang-Regierung, ihren Machtbereich wieder auf das chinesische Festland auszudehnen, im wesentlichen eine Funktion dieser Dreiecksbeziehung.

Die Grundeinstellung der nationalchinesischen Politik im Jahre 1969 läßt sich in zwei Punkten kurz umreißen.

1. Ohne den Willen zur Rückkehr auf das Festland verbal aufgegeben zu haben, betont die Regierung zunehmend die Aufgaben des nationalen Aufbaus und der wirtschaftlichen Entwicklung Taiwans vor einer militärisch offensiven Eroberungskonzeption. Ein derartiger Wandel hatte sich bereits im Herbst 1968 mit einer Regierungserklärung angekündigt, in der eine Invasion der auf Taiwan stationierten Truppen erstmals allein von einem entsprechenden Hilferuf aus dem Festland abhängig gemacht worden war. Seither hat man zu allen offiziellen Staatsanlässen auf das Junktim zwischen wirtschaftlichen Wachstumsraten, technologischem Fortschritt und gesellschaftspolitischer Entwicklung einerseits und der Aussicht, auf das Festland zurückkehren zu können, andererseits, hingewiesen.

Es deutet einiges darauf hin, daß die Nationalregierung ihren Legitimitätsanspruch nicht mehr allein auf militärischem Wege für durchsetzbar hält, ja, daß man hier insbesondere unter dem Eindruck der „Kulturrevolution“ einen Zusammenbruch des kommunistischen Regimes im Inneren des Landes einige Wahrscheinlichkeit einräumt. Für eine solche Möglichkeit will man sowohl politisch-organisatorisch als auch materiell-wirtschaftlich gerüstet sein. Allerdings muß der Konzeptionswandel der Nationalregierung auch im Zusammenhang der offenkundigen Entschlossenheit der amerikanischen Regierung gesehen werden, einer gewaltsamen Veränderung des Status quo in Ostasien keinerlei Unterstützung zu gewähren. Die Einstellung auf einen möglichen Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft scheint unter dieser Bedingung für die Kuomintang-Regierung die einzig realistische Chance zur Rückkehr auf das Festland zu enthalten.

2. In der Frage des sowjetisch-chinesischen Verhältnisses, das im Jahre 1969 sowohl vom Standpunkt der Konfliktausweitung als auch der Annäherungsbereitschaft einige Höhepunkte aufzuweisen hatte, zeigte die politische Führung der Republik China kühle Distanz. Es waren kaum Stimmen zu hören, die in den Grenzzusammenstößen im März und August 1969 das Signal zu größeren kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den beiden kommunistischen Staaten sehen wollten. Man betonte

vielmehr den symptomatischen Charakter der Grenzzwischenfälle und betrachtete sie lediglich als **ein** Mittel unter vielen in dem seit Jahren währenden Konflikt. Besonders weil die Frage der Gebiets- und Grenzregelungen zwischen den beiden Ländern kein akutes Problem darstelle, erwartete man in Taipei keine weitere kriegsgerische Ausweitung des Konflikts. Aus dem gleichen Grunde war man jedoch auch davon überzeugt, daß die sowjetisch-chinesischen Annäherungsversuche vom September und Oktober des vergangenen Jahres zum Scheitern verurteilt seien. Die Tatsache, daß die Grenzgespräche auf beiden Seiten von Kommunisten geführt würden, deren Kontroversen weit über das strittige Verhandlungsobjekt hinausgingen, lasse eine wirkliche Einigung kaum zu.

Taipei verspricht sich aus dieser allgemeinen Einschätzung des gegenwärtigen Verhältnisses zwischen Moskau und Peking allem Anschein nach keinen unmittelbaren Gewinn. Bislang sah man zumindest noch keine konkreten Ansatzpunkte für eine Interessenannäherung zwischen der Sowjetunion und Nationalchina. Manchem der hiesigen Führungspersönlichkeiten erscheint eine solche Entwicklung jedoch auch als grundsätzlich zweifelhaft. Der ausländische Beobachter wird zumeist auf die historische Erfahrung der Chinesen verwiesen, daß die russischen Interessen in Ostasien stets von Vormachtansprüchen gegenüber den benachbarten chinesischen Grenzprovinzen bestimmt gewesen seien. Jedes theoretisch gedachte Zusammenspiel zwischen der Sowjetunion und Taiwan würde von seiten Moskaus diese Vormachtansprüche einzukalkulieren haben.

Sowjetische Einschüchterungsversuche gegenüber Peking

So dürfte der plötzliche Besuch des sowjetischen Journalisten Victor Louis auf Taiwan im Februar 1969, der angeblich keinerlei politischen Charakter hatte, mit Sicherheit keine konkreten Ergebnisse hinsichtlich einer Annäherung zwischen Moskau und Taipei gehabt haben. Auch die Tatsache, daß die Sowjetunion bei der diesjährigen Behandlung des Chinaproblems in den Vereinten Nationen erstmals nicht ihren Sitz räumte, als der nationalchinesische Außenminister den Standpunkt seiner Regierung darlegte, ja, daß die sowjetische Vertretung sogar die Wahl des nationalchinesischen Repräsentanten zum Vizepräsidenten der UN-Vollversammlung unterstützte, ist in Taipei mit Gelassenheit zur Kenntnis genommen worden. Man wertete diese neue Haltung der Sowjets eher als ein taktisches Manöver gegenüber Peking denn als konstruktive Geste gegenüber Taipei. Aus dem gleichen Grunde zeigte sich die Nationalregierung auch besorgt über die verstärkten Bemühungen der Sowjetunion, in Südostasien diplomatisch an Boden zu gewinnen. In der Gefahr, durch die Südostasienpolitik Moskaus isoliert zu werden, benutzte sie jede Gelegenheit, die nichtkommunistischen Staaten dieser Region darauf hinzuweisen, daß man in der Behandlung kommunistischer Länder keine Unterschiede machen dürfe.

Eintrübungen im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten

Die nationalchinesische Regierung setzte weiterhin einseitig auf die amerikanische Karte. Jedoch blieb das Verhältnis zu den USA in den letzten Monaten des Jahres

1969 nicht ungetrübt. In Taipei wurden vor allem die amerikanisch-japanischen Verhandlungen über die Rückgabe Okinawas an Japan im Jahre 1972 mit Befremden aufgenommen. Wie der ersten nationalchinesischen Regierungserklärung dazu zu entnehmen ist, fühlte man sich in den bilateralen Gesprächen übergangen. Gleichzeitig sieht sich Taiwan jedoch durch den Verhandlungsausgang in seinen vitalen Interessen bedroht. Für die Hinzuziehung Nationalchinas zu den Washingtoner Gesprächen hätten nach hiesiger Hinsicht im wesentlichen drei Gesichtspunkte gesprochen:

1. Unter Art. 6 des Verteidigungspaktes zwischen den USA und Nationalchina können Taiwans Streitkräfte zur Verteidigung aller unter amerikanischer Jurisdiktion stehenden Inseln im Westpazifik, also auch der Ryukyu mit der Hauptinsel Okinawa, herangezogen werden. Die chinesische Nationalregierung sei deshalb aus vertraglichen Gründen in das Okinawaproblem involviert.
2. Taiwan sei auch infolge seiner engen historischen Beziehungen und der geographischen Nähe zu den Ryukyu an der politischen Zukunft der Inseln interessiert. (Dieses Argument muß zweifellos im Zusammenhang der ehemaligen Oberhoheit des chinesischen Kaiserreiches über die Ryukyu gesehen werden. Der gegenwärtige Regierungsstandpunkt betont, daß der Bevölkerung der Insel gemäß den Beschlüssen der Konferenz von Kairo und Potsdam das Recht zur Selbstbestimmung über seinen zukünftigen politischen Status gewährt werden müsse.)
3. Die Nationalregierung müsse den militärischen Wert der Basis Okinawa nach dem Abbau der nuklearen Installationen bezweifeln. Durch diese Übereinkunft sei deshalb das Sicherheitsinteresse Taiwans unmittelbar berührt.

Zwar hat der Regierungskommentar vermerkt, daß diesem letzten Gesichtspunkt im Rahmen der allgemeinen Sicherheitserwägungen während der amerikanisch-japanischen Verhandlungen durchaus Beachtung geschenkt worden sei, jedoch wurde bedauert, daß die Entscheidung über die Zukunft der Ryukyu nicht unter „Einhaltung einer angemessenen Verfahrensweise“ erfolgt sei.

Amerikanisches Appeasement gegenüber Peking

Der gegenwärtige Militärstützpunkt Okinawa wurde in diesem Zusammenhang als „Eckpfeiler der amerikanischen containment-Politik“ gegenüber dem kommunistischen China bezeichnet. Diese Formulierung läßt keinen Zweifel darüber, daß der nationalchinesischen Kritik mehr als nur militärstrategische Gesichtspunkte zugrunde liegen. Taipei muß von einem Abbau der Basis tatsächlich nicht allein eine Schwächung der bestehenden westlichen Verteidigungskraft in Ostasien, sondern auch die Möglichkeit einer entspannenden Wirkung auf das Verhältnis zwischen Washington und Peking befürchten. Hinsichtlich eines solchen Effektes, der in Taipei zwangsläufig einer gefährlichen Schwächung der eigenen Position gleichkäme, brachte der Jahresausgang zwei weitere für die nationalchinesische Politik alarmierende Entwicklungen. So löste das Zusammentreffen der Botschafter Washingtons und Pekings in Warschau in der ersten Dezemberhälfte nach fast zweijähriger Unterbrechung der Kontakte, den hiesigen Zeitungskommentaren nach zu urteilen, eine gereizte Stimmung aus. Wie, so fragte man sich, solle die vom State Department zur Beschreibung des Gesprächsklimas verwandte Formel „cordiality“ verstanden werden? Jede

Art der Herzlichkeit zwischen Washington und Peking sei nur auf Kosten der Republik China denkbar.

Die von Präsident Nixon wenig später verkündete Lockerung der Embargobestimmungen gegenüber dem kommunistischen China verstärkten hier den Eindruck, daß der amerikanische Bündnispartner zu einer appaesement-Politik gegenüber Peking auf Kosten Taiwans entschlossen sei.

Im Ergebnis der nationalchinesischen Einschätzung der Politik Moskaus und Washingtons gegenüber Peking scheint es folgerichtig, daß Nationalchina gegenwärtig einer der stärksten Befürworter des von Präsident Nixon verkündeten Zieles ist, die Verteidigung der nichtkommunistischen Länder Asiens mehr und mehr in deren eigene Verantwortung zu legen. Die chinesische Nationalregierung hat tatsächlich in den letzten beiden Monaten des Jahres 1969 mit auffallender Häufigkeit den Gedanken eines regionalen Sicherheitssystems auf der Basis des in den nichtkommunistischen Ländern Südost- und Ostasiens vorhandenen eigenen Verteidigungspotentials betont. Dieses Konzept vermöchte aus Taipeier Sicht nicht nur kurzfristig einer drohenden Isolierung Taiwans als Folge der sowjetischen Südostasienpolitik entgegenzuwirken, sondern auch langfristig den Schwerpunkt einer gegen Peking gerichteten Allianz von Washington in die asiatische Welt zu verlegen.